



Erzürnt verließen einige Stadträte nach der Abstimmung am Dienstagabend den Sitzungssaal des Rathauses. © Hans Lippert

## Bürgerladen-Gruppe steckt nicht auf

### **SPRECHER: „HABEN BEI DER STADT UM KURZFRISTIGEN TERMIN GEBETEN“**

**Wolfratshausen – Die knappe Mehrheitsentscheidung des Stadtrates, das städtische Gebäude am Untermarkt 10 nicht zu sanieren, sondern einem Investor in Erbbaurecht anzudienen, schlägt in der Loisachstadt hohe Wellen.**

Im sozialen Netzwerk Facebook wird das Votum von vielen als falsch kritisiert, einige Facebooker aus Wolfratshausen regen einen Bürgerentscheid an, mit dem sie den Beschluss der Kommunalpolitiker korrigieren wollen. Andere wiederum befürworten das Geschehene, da das finanzielle Risiko bei der Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Hauses nicht kalkulierbar sei. Laut einer detaillierten Kostenschätzung des Ingenieurbüros Buxbaum schlagen allein die Fassadenrenovierung und der Umbau des Erdgeschosses mit 820 000 Euro zu Buche. Eine Steigerung um weitere 30 Prozent nicht ausgeschlossen.

Die Bürgerladen-Gruppe wird die Flinte nicht ins Korn werfen. Das erklärte der Sprecher der Initiative, Ernst Gröbmair, nach einer internen Krisensitzung des Gesellschafterrates am Mittwochabend. Das Gremium habe beschlossen, „dass das Projekt Bürgerladen vorerst weiterverfolgt wird“, teilte Gröbmair tags darauf mit. Und: Wir begrüßen die Entscheidung der Stadträte zur Unterstützung des Bürgerladens mit 100 000 Euro. Jedoch können Gesellschaftsanteile leider nicht zweckgebunden verwendet werden.“ Wie berichtet sieht der am Dienstagabend gefasste Beschluss, der aus der Feder der CSU stammt, vor, dass die Kommune für 100 000 Euro Anteile kauft: „Zur Unterstützung der Aufwendungen für die Inklusionsarbeit.“ Eben die ist nach aktueller Sachlage laut Bürgerladen-Gruppe nicht realisierbar. Die Kooperationen mit den Oberland-Werkstätten und der Franz-Marc-Schule, dem sonderpädagogischen Förderzentrum in Geretsried, bedingen nach Worten Gröbmairs eine Ladengröße von summa summarum rund 300 Quadratmetern. Im Gebäude am Untermarkt 10 würde diese Fläche zur Verfügung stehen – an einem anderen Standort in der Altstadt nach Gröbmairs intensiven

Recherchen nicht. Demnach müsste die Stadt die zugesagten 100 000 Euro „beispielsweise in Form eines Zuschusses“ überweisen, so der Bürgerladen-Sprecher.

„Wir haben bei der Stadt Wolfratshausen um einen kurzfristigen Termin gebeten“, berichtet Gröbmair. „Dabei möchten wir uns über die im Beschluss avisierten interessanten Objekte in der Altstadt informieren, die als Alternative zum Untermarkt 10 zur Verfügung stehen sollen“, erläutert er. Wie berichtet steht CSU-Fraktionssprecher Günther Eibl auf dem Standpunkt, dass die Stadtratsentscheidung „eine Chance“ für die Bürgerladen-Initiative bedeutet. Statt weiterhin mit ungewissem Ausgang auf die Sanierung der Immobilie zu warten, könnte die Gruppe nun Alternativen ins Auge fassen, die eventuell kurzfristig anzumieten wären. Nach Ansicht von Eibl stehen „im Umgriff der Altstadt“ zurzeit „interessante Objekte zu Verfügung“. Davon weiß allerdings Immobilienmakler Gröbmair nichts. Er hält es momentan für ausgeschlossen, das Bürgerladenkonzept an einem anderen Standort in der Innenstadt zu verwirklichen. Die „wirtschaftliche Minimallösung“ heiße rund 250 Quadratmeter reine Verkaufsfläche. „Die gibt es in der Altstadt nicht“, so Gröbmair in einem Gespräch mit unserer Zeitung.

Derweil hadern einige Stadträte, die für eine Sanierung der städtischen Immobilie am so genannten Reiser-Eck plädieren, mit der Mehrheitsentscheidung. Vor allem die Tatsache, dass die CSU einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt hatte, der formal eine Diskussion des Themas ausschließt, wurmt viele Mandatsträger. „Was hat das mit Politik zu tun, wenn einem der Mund verboten wird?“, schimpft Sibylle Ulbrich (Grüne). „Ich hoffe, dass die Rechtsaufsicht des Landratsamt den Beschluss kippt“, sagt ein Rat, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Und weiter: Was sei das für ein „Blödsinn“, das städtische Gebäude in Erbpacht einem privaten Investor zu überlassen, um dann die Räume des Heimatmuseums, das in der oberen Etage des Gebäudes untergebracht ist, wieder zurückzumieten. Bürgermeister Klaus Heilinglechner stieß gegenüber unserer Zeitung ins selbe Horn: Nach genau diesem Modell sei die Stadt beim alten Vermessungsamt neben dem Rathaus vorgegangen – und habe dafür reichlich Prügel kassiert.

Stadtrat Dr. Hans Schmidt (Grüne) dagegen kritisiert in seinem Leserbrief den Bürgermeister. Mit dem sei besprochen gewesen, dass er, der Rathauschef, bis zur Sondersitzung „eine Zweitmeinung von einem weiteren Ingenieurbüro“ einholt. Von dieser Expertise erwartete sich Schmidt unter anderem eine neue Kostenschätzung für eine „nutzerneutrale Grundsanierung des Erdgeschosses“. Doch fünf Tage vor der Sondersitzung, so Schmidt, habe er erfahren müssen, dass kein Auftrag an ein zweites Ingenieurbüro vergeben worden sei. „Bürgermeister Heilinglechner ist also in Urlaub gefahren, ohne diese wesentliche Übereinkunft umzusetzen.“ Schmidt stimmte am Dienstag für die Vergabe des Gebäudes an einen Investor.

*Carl-Christian Eick*